Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.
Condensirte Milch
Erhältl. i. all. Apoth. u. gröss. Drogenhdl.

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang. Aufl. 52,000 Stück.

Dresden, 1891.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt Niederlössnitz b. Dresden. für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

Julius Bentler
Dresden
Wallstraße 15
empfielt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen
und
Herde,
Haus-, Küchen- u. Landwirthschafts-Geräthe.

Kameelhaardecken
empfiehlt
Flanellwaarenhaus W. Metzler,
9 Altmarkt 9. Fernsprechstelle 3379.

Wilh. Böhme, Tuchhdlg, Scheffelstr. 6,
empfiehlt
Confirmanden-Anzugs-Stoffe
in besten Qualitäten zu billigsten Preisen.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Costümfabrik Max Jacobi, Lieferant der grösseren Theater Berlins. Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeden Zeitalters. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt. Dresden-A., Galeriestr. 26 (Telephon 389).

Nr. 31. Spiegel: Parteigruppirungen, Wolff's Bureau, Erwerbung Helgolands, Hofnachrichten, Stadtverordnetensitzung, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Concert Paderewski, Kunstvereinsausstellung. | **Sonnabend, 31. Januar.**

Politisches.

Das Bild, welches im Augenblick die gleichzeitig tagenden Vertretungen des Reiches und des größten Bundesstaates in ihren Verhandlungen bieten, ist im Ganzen recht bunt. Es wird in seiner Mannigfaltigkeit höchstens übertroffen von dem abwechselungsreichen Tableau, welches die Gruppirung der Parteien in beiden Häusern darstellt. Die bewährte, frühere Politik, welche die Theilung der Parlamente in zwei große Heerlager und damit eine Herrschaft derselben nach englischem Muster klug vermied, um die einzelnen Parteien gegen einander auszuspielen, hat einer ganz und gar verschiedenen Taktik Platz geschaffen, welche ein Kenner des Schachspieles etwa als juoco piano bezeichnen würde. Die Erfolge dieser Taktik bleiben ja vorläufig abzuwarten, aber es wäre übel angebracht, zu leugnen, daß mit Ausnahme höchstens des Centrums keine der Parteien besonders von dem Gange der Dinge entzückt ist. Sie freuen sich Alle des hohen Maßes von ehrlichem Wollen, welches den leitenden Minister, Herrn v. Caprivi, augenscheinlich auszeichnet, sie vermissen aber ebenso sicher mit Unbehagen bei den gegenwärtig die Geschicke des Reiches und Preußens bestimmenden Männern feste, programmatische Gedanken. Die Unbefangenheit, mit welcher der Ministerpräsident wie die einzelnen Ressortminister an die Lösung jeder einzelnen Frage gehen, hat ja etwas überaus Anheimelndes, sie bewirkt aber auch, daß die Eindrücke des Augenblickes einen übermäßigen Einfluß auf die jeweilige Stellungnahme ausüben und daß der stete Farbenwechsel zu guterletzt alle Parteien kopfscheu macht. Die Kolonialpolitik der gegenwärtigen Regierung findet bald bei den Kartellparteien, bald bei den Freisinnigen ihre Zustimmung; die Zuckersteuer befriedigt überhaupt Niemanden; die Arbeiterschutzvorlagen finden einige Zustimmung beim Centrum und wenn sich im Sinne der Regierung hier überhaupt eine Mehrheit zusammenleimen läßt, so wird sie erst nach zahllosen Kompromissen aus allen möglichen Elementen zusammengeschweißt sein. In der Angelegenheit des deutsch-österreichischen Handelsvertrages wird nach Lage der Dinge Herr v. Caprivi nur von den Freisinnigen und Sozialdemokraten sowie einigen Nationalliberalen begleitet sein, und es wird sich wunderlich genug ausnehmen, wenn die Männer um Richter und Grillenberger ihre Lanzen für den alten Soldaten einlegen werden. Im preußischen Landtage ist die Epoche der großen Reformen zwar eingeleitet, aber die Dinge liegen doch so, daß eigentlich alle Parteien stark verschnupft sind. Das Einkommensteuergesetz des Herrn Miquel findet selbst bei den Nationalliberalen keinen Anklang, die Linke ist insgesammt dagegen; der Entwurf zur Landgemeindeordnung stößt die Rechte vor den Kopf; das Volksschulgesetz hat seine Gegner im Centrum und beim Freisinn. Die Sperrgeldervorlage wiederum findet in den Letztgenannten ihre begeisterten Anhänger, und der unglückliche Minister, der den Entwurf vertheidigte, muß sich von seinen Parteigenossen die bittersten Sarkasmen gefallen lassen. Es könnte leicht geschehen, daß alle Entwürfe bleiben, was sie sind, nämlich bloße Entwürfe, und daß ein positives Resultat sich überhaupt nicht ergiebt. Jedenfalls ist so viel klar, daß in fast allen Dingen die Entscheidung beim Centrum liegt und wenn nicht die Sache eine humoristische Betrachtung ausschlösse, so könnte man sehr wohl den Umstand, daß Herr v. Goßler dem von der Treppe herabgestürzten, hilflosen Greise Windthorst voll Besorgniß eine Stunde lang die zerbrechlichen Beine fühlte, als für die Gesammtlage überaus bezeichnend ansehen. Des Herrn v. Goßler gutes Herz in Ehren — aber wäre irgend Jemandes Phantasie fruchtbar genug, den Pinsel so keck zu führen, wie es Mutter Geschichte hier that?

Die Verhandlungen in beiden Häusern waren ebenso bunt, wie die Gruppirung der Parteien. Im Reichstage, wo der Etat berathen wird, liegt diese Erscheinung in dem einfachen Umstande, daß seit grauen Zeiten es üblich ist, bei dieser Gelegenheit Alles vorzubringen, was in dem Rahmen concreter Berathungen sich sonst nicht vorbringen läßt. Da treten die unbekanntesten Abgeordneten an das Tageslicht, um ein Postgebäude für irgend einen Winkel ihres Wahlkreises zu befürworten und glücklich leuchten die Angesichter der wackeren Männer, wenn die Rede beendet ist und die Regierung eine „wohlwollende Prüfung" zugesagt hat. In solchen Fällen seltenster Redebethätigung pflegen auch die Gattinnen aus den Provinzen in die Reichshauptstadt zu eilen, um an dem Triumph des angetrauten Volkstribunen sich zu weiden, und auf den Tribünen hört man es flüstern: „Das ist mein Gatte." Der Donnerstag war solch ein Tag, der nur durch den scharfen Angriff des Abgeordneten Richter gegen das Wolff'sche Telegraphenbureau im Reichstage und durch die Kolonialrede des Freikonservativen Arendt im Abgeordnetenhause einen Flug in die Sphären des allgemeinen Interesses nahm. Das Privileg der genannten Depeschenanstalt, daß ihre Meldungen ohne Weiteres den Vorzug der Dringlichkeit und somit der schnelleren Abfertigung besitzen, ist Gegenstand vielseitiger Erörterungen gewesen. Man wird bei einiger Unbefangenheit gegen die Benutzung einer zu offiziellen Zwecken benutzten Anstalt an und für sich ebenso wenig einzuwenden haben, als wenn der Reichsanzeiger etwa aus öffentlichen Mitteln eine Unterstützung erführe. So wie aber die Dinge in Wirklichkeit liegen, wird man die allerschwersten Bedenken nicht zurückhalten können. Denn die mit einem, jede Confurrenz fast ertödtenden Privilegium versehene Anstalt ist nicht Staatseigenthum, sondern ein privates Aktienunternehmen, dessen Interessen in erster Linie mit denen der Aktionäre identisch sind. Es ist öffentliches Geheimniß, daß der maßgebende Einfluß daselbst von den der Rothschildgruppe angehörigen Banken ausgeübt wird, und bei der ferneren Thatsache, daß der rechtzeitige Besitz einer wichtigen Nachricht für einen Börseaner das Schicksal von Millionen entscheidet, wird eine Umgestaltung der bestehenden Vertragsverhältnisse zwischen dem Reich und dem Wolff'schen Unternehmen nur willkommen geheißen werden können. Andererseits aber wäre es eine bittere Täuschung anzunehmen, daß die Reden gegen das Privilegium Wolff's das ausschließliche Spiegelbild tugendhafter Entrüstung und catonischer Sittenstrenge sind. Immerhin trifft der Kampf gegen das offiziöse Bureau mit den Bestrebungen einer zweiten Börsengruppe zusammen, ihrerseits durch Errichtung einer ähnlichen Agentur wirksame Concurrenz zu schaffen. Dieser Gruppe können die Angriffe auf das bestehende System nur willkommen sein.

Einen Zug in die hohe Politik nahm bei der Diskussion darüber, ob in Helgoland ein Amtsgericht zu schaffen, oder nur von Zeit zu Zeit ein Gerichtstag abzuhalten sei, die Verhandlung im preußischen Landtage. Der Abg. Arendt verdient das Zeugniß, trotz seiner Zugehörigkeit zur Botschafterpartei der Freikonservativen, stets seinen eigenen Weg gewandelt zu sein. Er fand auch jetzt den Muth, den Erwerb der Insel Helgoland mittelst Preisgabe ungeheurer Flächen in Ostafrika einer herben Kritik zu unterziehen, er fand den Muth, die frivole Bemerkung Richter's, er möchte noch ein ähnliches Inselchen finden, um alle Kolonieen los zu werden, gebührend zu brandmarken, und er fand den noch viel größeren Muth, gegen die miserable Bismarckhetze zu protestiren, die von seichten und böswilligen Soldschreibern getrieben wird. Allerdings hat der Minister Herrfurth darauf hingewiesen, daß Helgoland im vollen Frieden erworben sei und daß jetzt der Aar der Hohenzollern den Flug vom Fels zum Meere gemacht habe, aber er vergaß, daß auch Ostafrika am Meere liegt und daß die „Mehrung des Reiches" um 1/100 Quadratmeile im günstigsten Falle einer Vergrößerung um den Großen Garten in Dresden gleichkommt. Die patriotische Genugthuung über den Flug des deutschen Aares wird durch den Gedanken an den Umfang des abbröckelnden Nordsee-Idylls ganz wesentlich gedämpft. Wenn schließlich der königstreue Abgeordnete über die Köpfe der Minister hinweg den Ausruf that: „Landgraf werde hart!" so wird man hier nur einen Ausdruck des im Volke allgemein getheilten Wunsches erblicken, daß die Reichsregierung festiger und zielbewußter vorgehe, als bisher.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 30 Januar.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist schwach besetzt. Abg. Dr. Hartmann berichtete Namens der Budget-Kommission über den Justiz-Etat. — Abg. Frhr. v. Buol (Centr.) wünscht Auskunft über Reform der neuen Justizgesetze. Beseitigung vorhandener Mängel unserer Justizgesetze sei wichtiger als Schaffung neuer Justizgesetze, aber die Reform müsse eine prinzipielle und organische sein. Die Kriminalität nehme zu; in 5 Jahren seien im Deutschen Reiche 7 Millionen Menschen strafrechtlich verurtheilt worden. Die Trennung der Strafrechtsprechung vom Strafvollzug sei ein Krebsschaden unserer Justiz. Schädlich wirke ferner die Herrschaft der kurzzeitigen Freiheitsstrafen. Die bedingte Verurtheilung sei zu erwägen. — Abg. Böckel (Antis.) hält den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches für eine große Gefahr des ländlichen Grundbesitzes, welche die Verschuldung des Bodens befördere und einseitige kapitalistische Interessen verfolge, auch neue Verschuldungsformen für den Grundbesitz einführe. Die Parole müsse sein: Nicht Mehrverschuldung, sondern Verminderung der Schuldenlast. In der Rechtsanwaltsgebührenordnung sei die Zulassung einer Vereinbarung zu beseitigen, da sie den Rechtsanwalt zum Handelsmann mache. In der Civilprozeß-Ordnung müsse die Möglichkeit der Versagung des Armenrechts beschränkt werden. Auf dem Gebiete der Strafrechtspflege ergingen Entscheidungen, die kein Mensch verstehe und die deshalb eine genauere Prüfung des Strafrechts nöthig machten. Der Beleidigungs-Begriff werde immer weiter ausgedehnt und der Wucher-Begriff schrumpfe immer mehr zusammen. Wucher sollte nur vom Schwurgericht abgeurtheilt werden. Den ärgsten Schwindlern und Betrügern würden mildernde Umstände bewilligt und gleichzeitig erlasse der Oberstaatsanwalt in Darmstadt ein Schreiben, wonach künftig jede Beleidigung eines Juden im öffentlichen Interesse von der Staatsanwaltschaft verfolgt werden soll. — Staatssekretär v. Oehlschläger: Beschwerden über Einzelfälle könnten nur in den Landtagen der Einzelstaaten erörtert werden. Der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches habe noch nicht die Genehmigung der verbündeten Regierungen erhalten. Die Frage der bedingten Verurtheilung sei erwogen worden, doch bedürfe es noch weiterer Vorberathungen, um der Frage praktisch näher zu treten. Ebenso verhalte es sich mit der Frage von Trennung zwischen Strafentscheidung und Strafvollzug. — Abg. Klemm (kons.) vertheidigt die Strafrechtspflege, sowie die Kommission zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches gegen die Angriffe Böckels. Die Richter seien Menschen und könnten irren, dafür sei die Berufung da. Die weiteren Arbeiten zur Ausarbeitung des bürgerlichen Gesetzbuches sollte man nur mit Segenswünschen begleiten. Gelehrtenrecht und Volksbewußtsein würden sich noch in den weiteren Stadien der Verhandlung ausgleichen. — Abg. Heine (Soz.): Der schlimmste Wucher werde von den städtischen Leihhäusern getrieben. — Abg. Stadthagen (Soz.) führt Beschwerde, daß in den Sozialistenprozessen in weitgehendster Weise von der Bestimmung Gebrauch gemacht werde, wonach gewissen Beamten die Beantwortung einzelner Fragen im dienstlichen Interesse untersagt werden kann. Diese Bestimmung sollte beseitigt werden. Es sei heute unmöglich, Staatsanwälte anzuklagen, zumal die höheren Gerichtsstellen in Preußen mit ehemaligen Staatsanwälten besetzt würden. In Plötzensee würden den politisch Verurtheilten eiserne Masken angelegt, welche das Athmen beschwerten. — Staatssekretär v. Oehlschläger: Es seien keine Vorkommnisse bekannt geworden, die eine Aenderung des Untersuchungsrechtes der Behörden gegen die Zeugenvernehmung ihrer Beamten nöthig erscheinen ließe. Die sonst vom Vorredner angeführten Fälle seien Sache der Einzelstaaten. — Abg. Hahn (kons.) wünscht Berücksichtigung des Wasserrechtes im neuen bürgerlichen Gesetzbuche. — Staatssekretär v. Oehlschläger theilt noch mit, daß der Bau des Reichsgerichtsgebäudes in anschlagmäßiger Zeit und zu den veranschlagten Kosten fertiggestellt werde, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle einträten. — Der Justiz-Etat wird bewilligt und der Etat der Postverwaltung weiterberathen. — Abg. Dr. Hartmann (kons.) befürwortet Besserstellung der Postdirektoren, Abg. v. Meyer-Arnswalde Besserstellung der Post-Agenten. — Staatssekretär v. Stephan giebt eine Uebersicht der Erweiterung und Verbesserung der Telegraphen-Einrichtungen, von denen die wichtigste die Herstellung einer direkten Telegraphen-Verbindung zwischen Berlin und Rom ist. Aus einem Wasserfall des Neckar soll eine Kraftübertragung von 300 Pferdekräften gewonnen und zu telegraphischen Zwecken verwendet werden. — Bei den subventionirten Dampferlinien giebt Dr. Bamberger an, daß die Ausfuhr nach Deutsch-Ostafrika 1 1/2 Million Mk. betragen habe, während sich die Schiffs-Subventionen auf 900,000 Mk. stellten. Diese Thatsache werde überspannte Hoffnungen auf weitere Subventionen zurückhalten. — Im Extra-Ordinarium des Post-Etats werden die für Crefeld und Colmar eingestellten Raten für Postgrundstücke in vollem Umfange bewilligt, während die Kommission Abstriche beantragt hatte. Im Uebrigen wurde der Etat nach den Kommissions-Anträgen erledigt. — Beim Etat der Reichsdruckerei führt Abg. Schmidt (Soz.) Klage, daß der Seherlohn in der Reichsdruckerei 18 Mk. pro Woche betrage und demnach 7 Mk. 60 Pfg. niedriger sei, als in Privatdruckereien. Dabei würden trotz der großen Arbeitslosigkeit von den Arbeitern des Reichs-Instituts Ueberstunden verlangt. Man sollte lieber mehr Arbeiter einstellen, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen, und den Tarif des Allgemeinen Deutschen Buchdruckervereins einführen. — Geh. Oberpostrath Fischer: Die Löhne der Reichsdruckerei seien höher als in jeder Privat-Anstalt. Die Arbeiter seien zur Sonntagsarbeit nicht verpflichtet. Ueberstundenarbeit werde nur in Nothfällen verlangt. — Abg. Singer (Soz.): Man habe einzelne Arbeiter zu Beamten gemacht, und diese müßten nun ohne Entschädigung Sonntags arbeiten und Ueberstunden machen. — Oberpostrath Fischer: Betriebsbeamtenstellen seien nicht neu eingerichtet, sondern nur soweit erhalten, als sie vom Reich mit der Anstalt übernommen wurden. Beamte, welche Sonntagsarbeit verrichteten, erhielten dafür Remuneration. — Der Etat der Reichsdruckerei wird angenommen. — Dienstag: Handfeuerwaffengesetz, Etat des Auswärtigen Amtes, Schutztruppengesetz.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" macht bekannt, daß die Nachricht, wonach der Bundesrath erklärt habe, die Arbeiterschutz-Kommissions-Beschlüsse wären unannehmbar, unrichtig sei. — Der Kaiserbesuch in Lissabon und Madrid, sowie neue Kolonialverhandlungen mit England werden dementirt. — Preußen verständigt sich angeblich mit der Kurie über den Erzbischof polnischer Nationalität für Posen. — Die Militärstrafprozeß-Novelle, welche man noch diese Session erwartet, überweist jede Untersuchung einer Strafthat dem Auditeur; solche werden jedem Regiment zugetheilt. — Die Wahlprüfungskommission beanstandete die Wahl Merbach's (9. Kreis Sachsen). — Dem „Tageblatt" zufolge bestand ein Vertrag zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Wolff'schen Bureau, wurde aber von Bismarck selbst wieder für nichtig erklärt. Der Beförderungs-Vorzug des Wolff'schen Bureaus blieb unter der Bedingung der Depeschen-Censur seitens des Auswärtigen Amts.

Gotha. Staatsrath Jacobi und Justizrath Strenge wurden zu Ministerial-Chefs ernannt.

Metz. Der Kaiser ließ dem Gemeinderath für die treuen Segenswünsche zum Geburtstage warm danken.

Landsberg. Vier Mitglieder des Reichstagswahl-Vorstandes zu Rohrbeck wurden wegen Wahlfälschung zu Gefängnißstrafen bis zu 3 Monaten verurtheilt.

Valparaiso. Das aufständische Geschwader wurde überall, wo es angriff, geschlagen.

Die **Berliner Börse** verlief sehr still, doch war die Haltung befestigt. Die Ultimo-Liquidation ist beendet, fest waren namentlich Bergwerke, in denen gegen Schluß umfangreiche Deckungen stattfanden. Von deutschen Bahnen Ostpreußen erholt, österreichische Bahnen anfangs angeboten, später Dux-Bodenbacher bevorzugt. Im Kassaverkehr waren Banken still, Bahnen schwächer, Bergwerke unentschieden, Industriepapiere und Deutsche Fonds behauptet. Oesterreichische Prioritäten fest, besonders Silberwerthe. Privatdiskont 2⅜ Proz. Nachbörse fest. — **Wetter:** Nachts Frost, Vormittags schön, Nachmittags bedeckt, S.-S.-W.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273,40. Staatsb. 217,50. Lomb. 114,25. Galizier —,—. Egypter 98,00. Ungar. Gold-Rente 92,90. Disconto 213,60. Dresdn. Bk. 150,50. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Still.

Wien. (Abends.) Credit 308,10. Staatsbahn 211,25. Lombarden 129,50. Nordwest 214,00. Marknoten 56,65. Ung. Credit 345,00. Fest.

Paris. (Schluß.) Rente 95,50. Anleihe 105,70. Italiener 92,62. Staatsbahn 541,25. Lombarden 282,50. do. Prioritäten —. Spanier 76⅝. Egypter 492,81. Ottomanen 622,50. Goldrente —,—. Ruhig.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Januar 26,10, per Mai-August 26,60, fest. Spiritus per Januar 37,00, per September-December 39,00, fest. Rüböl per Januar 64,00, per Mai-August 66,50 ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 223, per Mai —. Roggen per März 178, per Mai [illegible].

London (Produkten-Bericht). Getreide ruhig, englischer ½ Sh. billiger, fremder stillstehend, russischer Hafer fester, Uebriges nominell, stetig. — Wetter: Bewölkt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** und Se. Königl. Hoheit Prinz Georg begaben sich gestern früh mit mehreren Cavalieren zur Jagd auf Hosterwitzer Revier.

— Die Königl. Wasserbaudirektion theilt mit: Nachdem sich der bei Kötzschenbroda befindlich gewesene **Eisschutz** am Donnerstag Nachmittag gegen 4 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, trat fast zu derselben Zeit auch in Meißen Eisgang bei einem Wasserstande von 100 Cmtr. über Null ein. Gegen 6 Uhr Abends blieb dasselbe bei Diesbar abermals stehen, kam jedoch bereits um 7 Uhr wieder in Gang. Nach weiterer Freitag Vormittag hier eingegangener telegraphischer Nachricht ist das Eis nunmehr auch über die sächsisch-preußische Grenze hinaus zum Abgang gekommen und, soweit hier bekannt, dabei alles glücklich verlaufen. Dagegen ist die Eisdecke oberhalb Obervogelgesang bis zur böhmischen Grenze, abgesehen von einigen Verschiebungen oberhalb Schandau, noch unverändert. — Dazu wird uns noch von anderer Seite mitgetheilt: Als sich am Donnerstag Nachmittag die Eismassen bei Niederwartha in Bewegung setzten, geschah dies erst langsam, dann mit großer Schnelligkeit und dabei starke Eismassen mit Geröll an den Ufern absetzend. Bei der Strohstofffabrik zu Tännicht und bei Kötitz lagern Schollen am Ufer bis zu einer Stärke von 65 Centimeter, also über einen halben Meter stark. Der Abgang dieser gefahrdrohenden Eisanhäufungen scheint ohne Unfall erfolgt zu sein; voraussichtlich hat derselbe auch die kleineren Eisschichte vernichtet. In Meißen wurde der Bevölkerung das Nahen der Gefahr (d. h. das Steigen des Wassers) durch Böllerschüsse bekannt gegeben.

— **Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten** unter Vorsitz des Vicevorstehers Hofrath Dr. Osterloh. Während der Dauer des Vertrages der Stadt mit der alten Pferdebahngesellschaft (der bis 1900 läuft) ist aller 10 Jahre von beiden Kontrahenten über eine Erhöhung der von letzterer an die Stadt für jedes Jahr zu zahlenden Platznutzungsgebühr und Brückenzollabgabe zu verhandeln; es ist aber den Vertragsbestimmungen gemäß die erstgenannte Gebühr innerhalb der Vertragsdauer nicht über das Doppelte, die letztgenannte Abgabe nicht über das Dreifache des ursprünglichen Satzes zu erhöhen. Am 30. Juni d. J. läuft die erste 10jährige Vertragsperiode ab, und Rath und Gesellschaft haben sich daher im obigen Sinne dahin geeinigt, daß vom 1. Juli d. J. an die Gesellschaft für die nächsten 10 Jahre, d. i. bis zum 30. Juni 1901, jährlich an Platznutzungsgebühr 50 Proz. mehr als bisher und somit statt 10,925 Mk. dann 16,387 Mk. zahlt, während das Brückenzoll-Abfindungsquantum auf das Doppelte, demnach von bisher 4000 Mk. auf 8000 Mk. erhöht wird. Der Rath hat diese anderweite Feststellung den Stadtverordneten zur Mitgenehmigung vorgelegt, und der Rechtsausschuß berichtet darüber durch Schriftführer Dr. Unruh und empfiehlt dem Kollegium den Beitritt. Man hätte vielleicht jetzt noch nicht auf so hohe Sätze kommen können, aber die Gesellschaft sei darauf eingegangen; nur bezüglich der Platzabfindungsgebühr habe man sich nicht so schnell verständigen können, und es sei ja nicht zu leugnen: die Stadt habe der Gesellschaft in letzter Zeit durch Concessionirung

Pfund's sterilisirte (Kumyse) Kindermilch. Trocken-fütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.